



## BERLIN AKTUELL

Ausgabe 171  
20. April 2018

### EINWURF

Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,

die Osterpause ist vorüber und der politische Betrieb in Berlin hat wieder Fahrt aufgenommen.

Großes Thema innerhalb der Unionsfraktion war in dieser Woche die EU-Reformagenda. Hierzu haben wir mit der Bundeskanzlerin eine Orientierungsdebatte geführt. Die EU steht derzeit einer ganzen Reihe von Herausforderungen gegenüber. Seien es die internationalen Kräfteverschiebungen, die Globalisierung, die Digitalisierung, die großen Migrationsbewegungen oder der bevorstehende Brexit.

Wir wollen das europäische Projekt weiter entwickeln und gemeinsam mit den anderen Mitgliedsländern in eine gute Zukunft führen. Besonders wichtig erachte ich dabei den Aufbau eines echten Grenzschutzes für die europäischen Außengrenzen sowie einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik. Darüber hinaus steht auch die Weiterentwicklung der Wirtschaft- und Währungsunion ganz oben auf der Agenda. Wichtig ist, dass wir bei allen anstehenden Reformvorhaben zielgerichtet vorgehen. Reformen um jeden Preis können dabei nicht der Weisheit letzter Schluss sein.

Herzliche Grüße  
Ihr Patrick Schnieder

### SYRIEN

#### **Luftschlag gegen Assad war gerechtfertigt - Frieden in Syrien nur durch politische Lösung möglich**

Am vergangenen Wochenende haben die Streitkräfte der USA, Frankreichs und Großbritanniens einen Luftschlag gegen das Assad-Regime in Syrien verübt. Ziele waren Gebäude, die zum Chemiewaffenprogramm des Landes gehörten. Grund für den Luftschlag waren Meldungen über einen erneuten Giftgasanschlag durch das Assad-Regime am 7. April in der syrischen Stadt Duma. Auch wenn der Giftgasanschlag sowohl von Assad, als auch von seinem Unterstützer Russland bestritten wird, so ist die Faktenlage doch erdrückend. Nicht nur die Bilder aus Syrien sprechen eine eindeutige Sprache, sondern auch die Berichte unabhängiger Hilfsorganisationen vor Ort. Bei dem Anschlag sind erneut zahlreiche Kinder, Frauen und Männer ums Leben gekommen.

Endgültige Aufklärung über den Giftgasanschlag können aber nur die Experten der unabhängigen, internationalen Organisation für das Verbot Chemischer Waffen (OVCW) liefern. Bislang haben das syrische Regime und Russland die Erlaubnis für den Einsatz der Experten jedoch verweigert. Die OVCW ist für die Einhaltung der Chemiewaffenverbotskonvention von 1997 zuständig, welche übrigens auch durch Syrien und Russland ratifiziert wurde. Beide Staaten haben mit dem neuerlichen Einsatz von Giftgas bzw. dessen Tolerierung nicht nur einen abscheulichen Anschlag

gegen das syrische Volk verübt, sondern mit dem Verstoß gegen besagte Chemiewaffenkonvention erneut das Völkerrecht gebrochen. Zumal 2014 eine Einigung mit Syrien und Russland erzielt wurde, sodass UN-Truppen alle Chemiewaffen in Syrien vernichten konnten. Offensichtlich hat das Assad-Regime bewusst Teile seines Chemiewaffenbestands vor den Vereinten Nationen verborgen. Vor diesem Hintergrund halte ich die Vorgehensweise von Briten, Franzosen und US-Amerikanern für angemessen und verhältnismäßig. Durch das präzise Vorgehen konnten wichtige Teile der Infrastruktur zur Herstellung von Atomwaffen zerstört werden, was letztlich dem Schutz des syrischen Volkes dient.

Gleichwohl wird auf Dauer kein Weg an einer diplomatischen Friedenslösung vorbei führen. Klar ist auch, dass Russland dabei eine Schlüsselrolle zukommen wird. Es muss endlich seinen Einfluss auf Assad im Sinne einer friedlichen Lösung geltend machen. Als einer der ständigen Vertreter im UN-Sicherheitsrat hält Russland bislang die schützende Hand über das Assad-Regime und seine Gräueltaten, indem es Resolutionsvorhaben der restlichen Mitglieder des Sicherheitsrates blockiert.

Der im vergangenen Jahr gestartete Genfer Friedensprozess für Syrien unter der gemeinsamen Führung der USA und

Russlands hat indes den Weg aufgezeigt, wie eine Lösung am Verhandlungstisch möglich ist. Es ist aber auch klar, dass dies kurzfristig nur unter der Beteiligung von Assad denkbar ist. Ebenso ist klar, dass der Aufbau und die Etablierung eines demokratischen Systems in Syrien mit einem Diktator wie Assad ausgeschlossen ist. In diesem diplomatischen Prozess sollte auch Deutschland sich intensiver einbringen. Ich begrüße daher die deutsch-französische Initiative, die gemeinsam mit der EU und unter dem Dach der Vereinten Nationen die Fortführung der Genfer Friedensgespräche und damit eine politische Lösung anstrebt. Nur so kann der Bürgerkrieg in Syrien beendet werden.

## WAHLKREIS I

### Landesverdienstmedaille für Bernhard Froning aus Gerolstein



Bernhard Froning aus Gerolstein wurde in der vergangenen Woche durch den Präsidenten der ADD Trier, Thomas Linnertz, mit der Landesverdienstmedaille ausgezeichnet. Herr Froning engagiert sich seit Jahren in herausragender Weise ehrenamtlich im kirchlichen und sozialen Bereich. Sei es im Pfarrgemeinderat der katholischen Pfarrgemeinde St. Anna, als Schulelternsprecher und Vorsitzender des Fördervereins am St.-Matthias-Gymnasium oder als Gründer des Lions Club Vulkaneifel. Zusätzlich betreut er seit zwei Jahren eine syrische Flüchtlingsfamilie. Vielen Dank für das großartige Engagement und nochmals herzlichen Glückwunsch zur verdienten Auszeichnung.

## WAHLKREIS II

### Spendenübergabe an das Krankenhaus Daun



Gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Gordon Schnieder habe ich in der vergangenen Woche den Erlös aus einer biblischen Weinprobe an den Förderverein des Krankenhauses Maria Hilf in Daun überreicht. Im vergangenen September waren 70 Gäste zur biblischen Weinprobe nach Daun-Boverath gekommen. Dort stellte die CDU-Landesvorsitzende Julia Klöckner zusammen mit dem Moselwinzer Stefan Blees Weine vor und zog Parallelen zu Textstellen in der Bibel. Die Gäste gaben eine freiwillige Spende, zudem fand sich noch ein Förderer, so dass wir nun einen Scheck in Höhe von 500

Euro an den Förderverein des Krankenhauses Maria Hilf in Daun übergeben könnten.

Der Geschäftsführer, Franz-Josef Jax, bedankte sich und nutzte die Gelegenheit, die Bedeutung des Dauner Krankenhauses für den Kreis Vulkaneifel und die Region herauszustellen. Eine hohe Belegung der Krankenhausbetten und neue Kollegen, die unter anderem die Innere Medizin verstärken, unterstreichen dessen hohe Qualität. Das Krankenhaus Daun stellt eine vernünftige Erst- und Grundversorgung im ländlichen Raum damit sicher.

## BERLIN I

### Gespräch mit belgischer Delegation zur Energiewende



Am Mittwoch habe ich mich mit Vertretern der belgischen Regierung und des belgischen Parlaments zum Gespräch über die Energiewende getroffen. Natürlich habe ich auch die Situation rund um die belgischen Atomkraftwerke Tihange und Doel angesprochen und eine Stilllegung beider Kraftwerke gefordert, bis Klarheit über die Sicherheitslage dort besteht.

## WAHLKREIS III

### Neues Feuerwehrgerätehaus in Laufeld



Zwölf Jahre nachdem der erste Antrag gestellt wurde, wurde in der vergangenen Woche das neue Gerätehaus der Feuerwehr Laufeld eröffnet. Es beherbergt eine neue Fahrzeughalle, einen Schulungsraum, eine Werkstatt, einen Umkleideraum sowie Büro- und Bereitschaftsräume und bietet damit viel Platz für die Feuerwehrmänner und -frauen.



## BERLIN II

### Trendwenden bei Bundeswehr müssen intensiviert werden

In dieser Woche fand im Bundestag die Aussprache zu den Berichten des Wehrbeauftragten für die Jahre 2016 und 2017 statt. Der Wehrbeauftragte weist in seinen Berichten auf starke personelle und materielle Defizite bei der Bundeswehr hin. Beispielsweise seien 21.000 Dienstposten von Offizieren und Unteroffizieren oberhalb der Mannschaftsebene nicht besetzt. Fest steht: Seit der Wiedervereinigung war die Bundeswehr ein Vierteljahrhundert einem kontinuierlichen Schrumpfungsprozess unterworfen. Beispielsweise wurde der Personalumfang um mehr als 60 Prozent reduziert. Festgelegte Obergrenzen bei der Ausstattung mit Waffensystemen bedingten überdies einen systematischen Materialmangel. Durch die Veränderung der sicherheitspolitischen Lage nach dem Ende des kalten Kriegs waren die damaligen Einsparungen bei der Verteidigung durchaus vertretbar und angemessen. Gleichwohl ist anzumerken, dass dieser Umschwung zu einem bis heute merkbaren Substanzverlust bei der Bundeswehr geführt hat. Dies wurde insbesondere in den vergangenen Jahren, in denen sich die sicherheitspolitische Lage dramatisch verschlechtert und die Anforderungen an Deutschlands Rolle im Bündnis und der Welt sich grundlegend gewandelt hat, deutlich. Die Bundeswehr ist seitdem mehr denn je gefordert. Landes- und Bündnisverteidigung, der Einsatz zum internationalen Krisenmanagement und der Heimatschutz sind dabei wichtige Aufgaben für unsere Streitkräfte. Die

diesen Aufgaben geschuldete schnelle Reaktionsfähigkeit erlaubt keine Lücken in der Ausstattung. Daher hat die CDU-geführte Bundesregierung bereits in der zurückliegenden Legislaturperiode eine ganze Reihe von Trendwenden eingeleitet: Die Bundeswehr wächst wieder und wir haben begonnen, sie auch in der Breite mit modernem Material auszustatten. So hat die Bundeswehr zum Jahreswechsel wieder eine militärische Personalstärke von rund 183.000 Soldatinnen und Soldaten erreicht. Bis zum Jahr 2024 soll das Ziel einer Personalstärke von 198.000 Soldatinnen und Soldaten und 64.400 zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erreicht werden. Darüber hinaus konnten in der vergangenen Legislaturperiode Beschaffungsvorhaben mit einem Gesamtvolumen von rund 31 Milliarden Euro auf den Weg gebracht werden - eine Verfünffachung im Vergleich zu den vier Jahren davor. Der Wehrbeauftragte hat in seinen Berichten festgestellt, dass dieser eingeschlagene Weg in die richtige Richtung weist. Gleichwohl müssen wir unsere Vorhaben weiter intensivieren, um nach dem 25 Jahre andauernden Schrumpfungsprozess wieder die vollständige Einsatzbereitschaft der Bundeswehr herzustellen. Unsere Soldatinnen und Soldaten leisten einen hervorragenden Dienst. Sie verdienen unseren Respekt und unsere Unterstützung. Und vor allem eine Ausstattung, mit der sie ihre Aufträge erfolgreich und sicher erfüllen können.

## IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Patrick Schnieder MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/227 71881  
Fax: 030/227 76240

Fotos: Dr. Scholzen (Seite 2 oben), Schnieder

[E-Mail](#) • [Webseite](#)  
[Facebook](#) • [Twitter](#) • [Youtube](#)

## BERLIN III

### Besucherguppen

In den vergangenen drei Wochen waren wieder viele Besucher aus dem Wahlkreis zu Besuch in der Hauptstadt und haben dabei auch einen Abstecher in den Bundestag gemacht. Ich danke allen Gästen für das Interesse an meiner Arbeit und den Besuch im Deutschen Bundestag.



*Zwei neunte Klassen des Thomas-Morus-Gymnasiums Daun*



*Die 10a der Realschule plus Bleialf*



*Die 8d der Kaiser-Lothar-Realschule plus Prüm*